

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 29. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung - am 30.08.2011 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Bernd Habermann

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Fritz Lindner

Herr Dr. Günter Stirnal

Herr Günter Henkel

Herr Dr. Ralf von der Bank

Herr Jörg Niendorf

Herr Erich Ertl

Sachkundige Einwohner

Frau Ute Krüger

Herr Hartmut Rex

Frau Alice Löning

Verwaltung

Herr Detlef Gärtner, Beigeordneter und Dezernent

Herr Holger Lademann, Beigeordneter und Dezernent

Herr Ralf Neumann, Kreisentwicklungsamt, Amtsleiter

Frau Heidemarie Köppen, Kreisentwicklungsamt, Flughafenkoordinatorin

Frau Ilka Leistner, Kreisentwicklungsamt, Sachgebietsleiterin

Frau Michaela Teubner, Kreisentwicklungsamt, Schriftführerin

Herr Norbert Jurtzik, Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde, Amtsleiter

Herr Andreas Weiher, Bauamt, Amtsleiter

Herr Siegmund Trebschuh, Wirtschaftsförderungsbeauftragter

Herr Andreas Bleschke, Umweltamt, Klimaschutzkoordinator

Gäste

Herr Patrick Strogies, Fluglärmschutzbeauftragter des Verkehrsflughafens Berlin-Schönefeld

Es fehlten:

Einladung für die heutige Sitzung nicht bestätigen. Das Thema wird in einer der nächsten Sitzungen behandelt.

Herr Habermann schlägt vor, den TOP 5 „Landkreis Teltow-Fläming - eine 100%-Erneuerbare-Energie-Region“ vorzuziehen, da der Wirtschaftsförderungsbeauftragte, Herr Trebschuh, heute noch einen weiteren wichtigen Termin hat.

Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP 2

Landkreis Teltow-Fläming - eine 100%- Erneuerbare-Energie-Region (4-1001/11-LR)

Herrn **Habermann** bittet Herrn Trebschuh dem Ausschuss die Vorlage vorzustellen.

Herr **Trebschuh** berichtet, dass der Gemeinschaft 100%- Erneuerbare-Energie-Region in- zwischen 100 Kommunen und Landkreise angehören, so auch zwei Nachbarlandkreise. Die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft dient dem Landkreis u. a. zur Umsetzung des Kreistags- beschlusses (4-0854/11-KT) vom 14.02.2011. Der Landrat wurde aufgefordert, bis zum Herbst 2011 einen Maßnahmen- und Zeitplan für die Gründung der Kreisenergiewerke Tel- tow-Fläming vorzulegen. Als Mitglied kann der Landkreis kostenlos an Workshops teilneh- men und erhält Informationen/Beratung bei der Umsetzung von Maßnahmen und der Akquise von Fördermitteln.

Herr **Rex** möchte wissen, ob das mit den Gemeinden abgestimmt ist bzw. ob die Gemeinden dort involviert sind.

Herr **Trebschuh** erläutert, dass zunächst der Landkreis Teltow-Fläming Mitglied in dieser Gemeinschaft werden will. Die Gemeinden partizipieren natürlich von dieser Gemeinschaft. Zukünftig sollen über die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming mit den Ge- meinden engere Verknüpfungen hergestellt werden.

(Herr Dr. von der Bank erscheint zur Sitzung; 17:07 Uhr.)

Herr **Lademann** betont ebenfalls die Wichtigkeit der Mitgliedschaft für den Landkreis und dass die Kommunen beteiligt werden. Der Landkreis braucht zukünftig Aussagen, wann und wo wie viel Energie gebraucht wird und zu welcher Tages- und Nachtzeit wie viel Energie abfließt. Das ganze lässt sich mit Hilfe der Gemeinden und derartiger Organisationen und deren Wissenspotenzial schneller herausfinden und zusammentragen. Er macht darauf auf- merksam, dass die Gemeinden natürlich auch selbst Mitglied dieser Gemeinschaft werden können.

Frau **Krüger** vermisst in der Vorlage die Aussage, ob dem Kreis durch die Mitgliedschaft Kosten entstehen. Herr **Trebschuh** berichtet, dass die Mitgliedschaft kostenlos ist und dies in der Vorlage unter dem Punkt „Finanzielle Auswirkungen“ vermerkt wurde.

Herr **Dr. von der Bank** möchte wissen, was in diesem Zusammenhang unter mittelfristig zu verstehen ist. Für ihn bedeutet mittelfristig üblicherweise 10 – 15 Jahre. Er empfiehlt diese Formulierung zu konkretisieren, z. B. bis zum Jahr 2020.

(Herr Dr. Stinal erscheint zur Sitzung; 17:09 Uhr.)

Herr **Bleschke** stellt sich dem Ausschuss als Klimaschutzkoordinator des Landkreises vor. Er war an der Vorbereitung dieser Vorlage involviert. Herr Bleschke berichtet, dass das Netzwerk 100%- Erneuerbare-Energie-Region davon ausgeht, dass der Umstieg auf erneu- erbare Energien nicht von heute auf morgen zu bewältigen ist. Das Ziel soll aber mittelfristig

bis zum Jahr 2030 angestrebt werden. Ob man es binnen der nächsten 8 oder 10 Jahre schafft, weiß man nicht, aber bis zum Jahr 2030 sollte das möglich sein.

Herr **Dr. von der Bank** schlägt vor, die Vorlage um die Formulierung „bis zum Jahr 2030“ zu ergänzen und so das Ziel zu konkretisieren.

Der von Herrn **Habermann** zur Abstimmung gestellte Änderungsantrag wird einstimmig beschlossen.

Frau **Löning** berichtet, dass die Gemeinden für viel Geld separat Klimaschutzkonzepte erarbeiten lassen. Sie fragt sich, ob da zusammengearbeitet wird, parallel oder gegeneinander. Außerdem erwähnt sie, dass der Gemeinde Nuthe-Urstromtal bereits Beschlüsse vorliegen, wenn diese auch vorerst verschoben wurden.

Herr **Bleschke** verweist auf den Kreistagsbeschluss vom 14.02.2011. Bei einer Gründung regionaler Energiewerke sollen Kommunen und auch bestimmte Stadtwerke mit impliziert werden. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming informierte die Bürgermeister bereits im August. Der Landkreis wird den genauen Zeit- und Maßnahmenplan mit der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming im September abstimmen und die Bürgermeister darüber informieren. Das konkurriert auf keinen Fall zu den Beschlüssen der Gemeinden.

Herr Bleschke informiert darüber, dass die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming derzeit auch ein regionales Energiekonzept erstellt, was aber nicht so feinmaschig ist, dass die Kommunen einzeln daraus abgedeckt werden können.

Herr **Habermann** empfiehlt, dass sich die Gemeinde Nuthe-Urstromtal noch einmal mit Herrn Bleschke und Herrn Trebschuh zusammensetzt, damit offene Fragen ausgeräumt werden können.

Herr **Rex** hat dennoch das Gefühl, dass hier wieder parallel gearbeitet wird und nicht miteinander. Er ist darüber unzufrieden, dass die Kommunen wieder nicht von Anfang an mit ins Boot genommen wurden.

Herr **Ertel** spricht sich ebenfalls für ein gemeinsames Miteinander aus, um innerhalb der Kommunen und des Landkreises Geld zu sparen.

Auf die Nachfrage von Herrn **Habermann**, ob Herr Trebschuh hierzu Aussagen treffen kann, verweist dieser auf Herrn Bleschke.

Herr **Bleschke** betont erneut, dass der Landkreis an der Zusammenarbeit mit den Kommunen interessiert ist. Jedoch gibt es bisher nur den Kreistagsbeschluss vom 14.02.2011 und das von der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming erarbeitete regionale Klimaschutzkonzept. Das tangiert die Kommunen zunächst nicht. Der Einladung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming waren die Gemeinden nur sehr bedingt gefolgt. Jetzt erst im September oder Oktober ist man soweit, sich mit den Gemeinden zusammensetzen und darüber aufzuklären, was sich der Landkreis bezüglich dieses Beschlusses des Kreistages vom 14.02.2011 überlegt hat, was umzusetzen ist und welche Vorstellungen die Gemeinden dazu haben.

Herr **Henkel** ist der Auffassung, dass man sich erst einmal der Frage widmen sollte, ob die Netzinfrastruktur im Landkreis ausreichend ist, um die Einspeisung von erneuerbaren Energien überhaupt vornehmen zu können.

Herr **Bleschke** informiert, dass der Landkreis und auch die Städte und Kommunen bis auf die Stadtwerke keine eigenen Netze betreiben. Der Landkreis hat keine Ermächtigungsgrundlage Netze zu planen.

Herr **Henkel** antwortet, dass ihm klar ist, dass im Moment die Energiekonzerne die Netzträger sind. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass auch die entsprechenden Leitungen vorhanden sein müssen. Was wäre notwendig, wenn z. B. im Landkreis Teltow-Fläming die erneuerbare Energie über Fotovoltaik und Windkraftanlagen auf 40 % oder 50 % gesteigert wird. Zuerst muss man wissen, was notwendig ist, um diese Einspeisung vornehmen zu können.

Herr **Bleschke** erwähnt seine Informationsvorlage, die er am 22.06.2011 in der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt vorgestellt hat. In diesem Zusammenhang wurden schon einige Daten ermittelt. Zurzeit werden im gesamten Landkreis 1,2 TW² Stromenergie aus dem Netz gezogen. Das ist so viel wie ungefähr ein Kernkraftwerk produziert. Die Hälfte der Strommenge wird im Landkreis bereits durch erneuerbare Energien (Windenergie, Biomasse, Fotovoltaik) eingespeist. Der Landkreis müsste somit nur 50 % mehr haben. Über die Standorte für erneuerbare Energien entscheidet nicht der Landkreis, sondern die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming und die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin Brandenburg. Bei der 100 %- Erneuerbaren-Energie-Region geht es erst einmal darum, den politischen Willen im Landkreis offensichtlich zu machen. Immerhin gibt die Bundesregierung vor, bis zum Jahr 2050 95% CO₂ einzusparen.

Herr **Henkel** stimmt dem zu, weist aber darauf hin, dass die von Herrn Bleschke ermittelten Daten eine Ist-Analyse sind und hier eine Soll-Analyse erforderlich ist. Man muss wissen, ob das „mehr“ unter den jetzigen Bedingungen zu verkraften ist. Er hat da seine Zweifel.

Herr **Dr. von der Bank** fragt nach, ob sich 100 % Erneuerbare-Energie auf alle Energieträger bezieht, also auch auf Erdgasersatz bzw. Automobilkraftstoffe. Bisher wurde nur von Stromenergie gesprochen.

Es geht darum, CO₂ aus allen Energieträgern rauszunehmen, erläutert Herr **Bleschke**. Der Datenzugriff auf dem Wärmemarkt ist allerdings schwierig und im Mobilitätsbereich nicht möglich.

Die Diskussion wird von Herrn **Habermann** mit der Bemerkung abgeschlossen, dass zu diesem Thema eine enge Zusammenarbeit stattfinden muss, damit nicht parallel gearbeitet wird. Er dankt Herrn Trebschuh für sein Kommen und entlässt ihn aus der Sitzung.

Herr **Dr. von der Bank** erkundigt sich nach der Abstimmung der Vorlage.

Auf die Nachfrage von Herrn **Habermann** werden keine Einwendungen erhoben. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, die modifizierte Fassung der Vorlage im Kreistag zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

² Terawatt (TW)

TOP 3

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 22.06.2011 und 05.07.2011

Es liegen keine Einwendungen gegen beide Niederschriften vor. Sie gelten damit als genehmigt.

TOP 4

Mitteilungen der Verwaltung

Herr **Habermann** erkundigt sich bei Herrn Lademann nach dem aktuellen Stand zur S-Bahnverlängerung nach Rangsdorf.

Herr **Lademann** informiert, dass der Landrat am 20.07.2011 einen Brief an den Minister Jörg Vogelsänger geschrieben hat. In dem Brief geht es vornehmlich um die Durchführung der sogenannten Nutzen-Kosten-Untersuchung. Dieser Brief wurde leider bis heute noch nicht beantwortet. In Kürze wird im Büro des Ministers nachfragt. Aktuell dazu wird der Landrat mit dem Vorsitzenden des Vereins BISAR e. V., Herrn Pannier, ein Gespräch beim VBB³ haben und dort eventuelle Finanzierungsmöglichkeiten für diese Nutzen-Kosten-Untersuchung unter Mitwirkung des VBB besprechen. Parallel dazu versucht der Verein BISAR auch selbst finanzielle Mittel zu akquirieren. Mit dem Bürgermeister von Rangsdorf ist dazu auch gesprochen worden. Es ist anzunehmen, selbst wenn das Land sich an der Nutzen-Kosten-Untersuchung beteiligt, wird es keine 100 %-Finanzierung sein.

Des Weiteren informiert Herr Lademann über den kreislichen Dorfwettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“. Im nächsten Jahr steht der Landeswettbewerb und im Jahr 2013 der Bundeswettbewerb an. Der Kreiswettbewerb beginnt in diesem Jahr am 2. September. Es haben sich leider nur 6 Dörfer des Landkreises (Kallinchen, Paplitz, Seehausen, Kladorf, Groß Machnow und Gröben) für diesen Dorfwettbewerb beworben. Er hätte sich hier eine höhere Beteiligung gewünscht. Außerdem gibt es noch einen Sonderwettbewerb, der in mehreren Kategorien ausgetragen wird. Hierfür gibt es 16 Bewerber. Die Bewertungskommission wird die Dörfer und Einrichtungen, die sich für den Sonderwettbewerb beworben haben, besuchen. Anschließend folgt eine entsprechende Auswertung und Auszeichnungsveranstaltung, die noch zeitlich definiert werden muss.

Herr Lademann nutzt die Gelegenheit, um auch auf das am 11. September stattfindende Kreiserntefest in Ließen hinzuweisen. Er hofft auf zahlreiche Besucher.

Frau **Löning** vertritt die Auffassung, dass die Ansprüche an diesen Wettbewerb für die kleinen Dörfer zu hoch sind. Es ist ein enormes Potenzial an Unterlagen auszufüllen. Auch sind die kleinen Dörfer nicht in der Lage, all das zu bieten, was kulturell gefordert wird.

Dem widerspricht Herr **Lademann**. Er hört zum ersten Mal, dass die Kriterien so hoch geschraubt sind, dass sie keiner erfüllen kann. Es ist richtig, dass sich nur Dörfer bis 3.000 Einwohner am Dorfwettbewerb beteiligen dürfen. Deshalb kann sich ein Ort wie Rangsdorf z. B. nicht beteiligen. Die Kriterien und Vorgaben für diesen Dorfwettbewerb richten sich nach den Kriterien des Landes- und Bundeswettbewerbes. Das Ganze wird nur entsprechend dem Kreiswettbewerb angepasst. Jeder soll sein Potenzial in 2 ½ Stunden darstellen und vortragen, wozu er sich in der Lage fühlt. Für die Bewerbung werden keine Hürden gesetzt, die zu hoch sind. Man muss den Mut haben, seine Dorfgemeinschaft zu mobilisieren und seine Vereinstätigkeit und Aktivitäten darzustellen. Dann hat jedes Dorf eine Chance. Das lohnt sich für alle Beteiligten, selbst wenn man keinen Preis erringt.

³ Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB)

Frau **Löning** berichtet, dass die kleinen Dörfer in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal sich schon öfters an diesem Wettbewerb beteiligt hatten und keine Chance hatten, etwas zu gewinnen und sich deswegen auch nicht mehr beteiligen werden.

Das ist ihre Entscheidung, bemerkt Herr **Lademann**.

TOP 5

Anfragen der Abgeordneten

Herr **Ertl** berichtet von einer Anfrage eines Bürgers bezüglich der Gestaltung des Museumsgebäudes zur Heeresversuchsstelle Kummersdorf. Bei dem Bürger handelt es sich um den Geschäftsführer der Erlebnisbahn GmbH, Herrn Schneider. Seines Wissens nach hat dieser auch andere Abgeordnete unseres Kreistages angeschrieben. Herr Ertl fragt, ob es möglich wäre, dass der Ausschuss dieses Objekt einmal besichtigt und der Ausschuss eventuell vor Ort durchgeführt wird.

Herr **Habermann** befürwortet den Vorschlag von Herrn Ertl und berichtet, dass der AfRB bereits im letzten Jahr die Möglichkeit hatte, das Gelände der Heeresversuchsstelle in Kummersdorf zu besichtigen. Sinnvoll wäre es auch, dies gleich mit dem ohnehin von ihm gewünschten Thema „Unterschutzstellung und Aufhebung des Denkmalschutzes“ zu kombinieren. Der vorliegende Brief kann bis dahin allen Abgeordneten zur Verfügung gestellt werden.

Herr **Gärtner** informiert, dass der Verwaltung das Anliegen des Herrn Schneider ebenfalls bekannt ist. Der Landrat hat ihn und letztlich Herrn Jurtzik als zuständigen Amtsleiter beauftragt, eine Gegenüberstellung zu erarbeiten. Er schlägt vor, das Ergebnis abzuwarten. Vielleicht könnte diese Gegenüberstellung schon mit der Einladung zur nächsten Sitzung verschickt werden, wie auch das Schreiben des Herrn Schneider.

Herr **Jurtzik** meint, dass in dem Brief von falschen Voraussetzungen ausgegangen wird, dass der Landkreis in dieser Sache etwas regeln könnte. Die ganzen Grundstücke gehören noch dem Bund. Der Bahnhof liegt in dieser Liegenschaft und ist Bestandteil des großflächigen Denkmals und wird konzeptionell eine Rolle spielen, wenn es gelingt, die Nutzung als Museum zu initiieren. Das Museumskonzept wird auch definieren müssen, an welchem zentralen Ort eine museale Präsentation möglich ist. Wo das genau sein wird, ist momentan noch unbestimmt. Die Verwaltung ist momentan nicht in der Situation, zwei Standorte gegeneinander abzuwägen. Er empfiehlt, dass Herr Schneider sich mit der Arbeitsgruppe in Verbindung setzt und dort seine Vorstellungen schildert. Das will er gern befördern, wenn das gewünscht ist. Eine andere Verfahrensweise sieht er momentan nicht, weil der Landkreis nicht Eigentümer der Liegenschaften ist und somit auch nicht zuständig.

Frau **Löning** verweist auf einen Schriftverkehr zwischen Herrn Schneider und Frau Dr. Köstering. Herr Schneider bat darum, an der Arbeitsgruppe teilnehmen zu können. Frau Dr. Köstering antwortete ihm daraufhin, dass dort nur unmittelbar öffentliche Körperschaften und Einrichtungen involviert werden. Als Gast könne er aber irgendwann gerne eingeladen werden.

Herr **Jurtzik** verdeutlicht, dass alles was in der Arbeitsgruppe geplant wird, genaugenommen Vorarbeiten für den Fall sind, dass man überhaupt jemals den Zugriff auf die Liegenschaft bekommt. Das hängt im Wesentlichen davon ab, wann der Bund die Liegenschaft auf das Land überträgt und was dann das Land damit macht. Aller Voraussicht nach soll im nächsten Jahr die Liegenschaft auf das Land übertragen werden. Die Arbeitsgruppe versucht alle Leute, die überhaupt nur einen Bezug zu diesem Thema haben und mitarbeiten möchten, auch zu involvieren. Mit der Aussage von Frau Dr. Köstering ist gemeint, dass nicht jedermann jederzeit dort mitarbeiten kann, weil das sonst uferlos wird.

Herr **Ertl** teilt mit, dass der Militärbahnhof seines Wissens nach im Eigentum der Gesellschaft des Herrn Schneider ist. Das Gebäude soll einer vernünftigen Nutzung zugeführt werden. Ein ehemaliger Militärbahnhof hat natürlich eine ganz andere Wertung im Zusammenhang mit dieser Fläche, die man mit Sicherheit weiter entwickeln wird. Herr Ertl ist dafür, sich vor Ort ein Bild zu machen und Herrn Schneider persönlich anzuhören. Herr Schneider hat ihm gegenüber auch erwähnt, dass Fördermittel erhalten könnte.

Herr **Habermann** bittet die Diskussion zum Abschluss zu bringen, da seiner Auffassung nach, doch ein sehr unterschiedlicher Kenntnisstand existiert. Daher befürwortet er, dass die Verwaltung eine Beurteilung erarbeitet und eine Besichtigung vor Ort durchgeführt wird.

Herr **Lindner** erinnert an die Beschlussvorlage 4-0945/11-III zum Kreistag. Seines Wissens nach wurde dort die Immobilie Konsumstraße als Museumsgebäude benannt. Das sollte bei diesen Überlegungen bedacht werden.

Herr **Henkel** spricht an, dass es erhebliche Zweifel an dieser Vorlage gab, gerade hinsichtlich der fiskalischen Voraussetzungen. Bevor man sich den Detailfragen widmet, sollte man klären, was überhaupt möglich ist.

Herr **Gärtner** regt an, dass der Ausschuss im Rahmen einer Sitzung das Gelände des zukünftigen Großflughafens Berlin-Brandenburg besichtigt. Er berichtet von einer gemeinsamen Besichtigung des Flughafens mit der Dezernentin Frau Gurske, dem Beigeordneten Herrn Lademann und dem Kreistag des Landkreises Dahme-Spreewald. Die Besichtigung war für alle äußerst interessant. Herr Gärtner empfiehlt, eine Besichtigung für den Oktober vorzusehen und erkundigt sich nach der Meinung der Abgeordneten.

Herr **Lindner** bittet zum Thema Vorlage zurückzukehren.

Auf die Nachfrage von Herrn **Habermann** stimmen alle Anwesenden einer solchen Besichtigung zu. Er bittet die Verwaltung einen Termin zu organisieren.

Herr **Dr. von der Bank** berichtet, dass sich der Ortsvorsteher von Klein Kienitz an ihn gewandt hat. Er meinte entlang der Straße durch Klein Kienitz würde eine größere Zahl von Bäumen fehlen bzw. krank sein. Herr Dr. von der Bank erkundigt sich, ob er diese Anfrage an die Verwaltung zur Beantwortung weiterreichen dürfe.

Herr **Lademann** verweist diesbezüglich an Herrn Weiher, der mit seinem Amt für die Pflege und Unterhaltung dieser straßenbegleitenden Bäume zuständig ist.

TOP 6

Sachstand Flughafen Berlin Brandenburg (BER), Bericht des Fluglärmschutzbeauftragten

Herr **Gärtner** informiert über eine Informationsvorlage, die er beabsichtigt, für den Novemberkreistag einzubringen.

Herr Gärtner würdigt wie auch Herr Habermann den Zeitungsartikel von Herrn Strogies. Aufgrund des Artikels ist Herr Strogies jetzt landesweit bekannt und die Menschen sehen, dass es jemanden gibt, der unabhängig ist und so auch die Interessen der Fluglärm betroffenen vertritt. Herr Gärtner bittet Herrn Strogies um seinen heutigen Bericht.

Herr **Strogies** beginnt mit einem Überblick über die wesentlichen Aufgaben des Fluglärmschutzbeauftragten. Er kümmert sich um die aktuellen Beschwerden und die aktuelle Situa-

tion am Flughafen. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört die Bearbeitung der Fluglärmbeschwerden. Herr Strogies informiert ausführlich über die Anzahl von Fluglärmbeschwerden, das Beschwerde- und Ordnungswidrigkeitsverfahren und gibt anhand einer Präsentation Beispiele. Weiterhin berichtet er halbjährlich der Fluglärmkommission, wirkt mit an der Verfahrensplanung (An- und Abflüge) bei der DFS, überwacht die örtlichen Flugbetriebsbeschränkungen und berät Bürger und Bauherren.

Herr Strogies schildert auch die Herausforderungen am Flughafen BER. Die veränderte Luftraumstruktur, was Thema der letzten Wochen war, wird von ihm ausführlich dargestellt und erläutert. Der Luftraum soll weiträumig nach unten erweitert werden und sich nicht wie üblich treppenförmig bis zum Flughafen verjüngen. Was in der Praxis bedeutet, dass die Luftfahrzeuge im Raum Bad Belzig in 4.000 ft fliegen dürfen. Diese Lufträume gelten nicht nur zu Stoßzeiten, sondern generell über den ganzen Tag. Das heißt, es kann zu jeder Uhrzeit dort in 4.000 ft geflogen werden. Er möchte das unbedingt vermeiden, denn für ihn als Fluglärmschutzbeauftragten bedeutet das, dass er gegen zu tief fliegende Luftfahrzeuge nicht mehr einschreiten kann, weil sich diese ja im genehmigten Luftraum bewegen.

Herr Strogies rechnet zukünftig mit einer steigenden Beschwerdezahl, spätestens mit Inbetriebnahme des Flughafens BER im Juni nächsten Jahres. Viele Menschen haben noch nicht realisiert, was auf sie tatsächlich zukommt.

Als weitere Herausforderungen benennt Herr Strogies die Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe aeronautical study 07, bei der es darum geht, das Abflugverfahren in Ostrichtung weiter zu entwickeln sowie die Entwicklung des CDA⁴-Verfahrens für den Flughafen BER. Das ist ein Verfahren, welches zur Minderung von Lärmbelastung und zur Einsparung von Kohlendioxid ausstoß (CO₂) und Kerosin beitragen soll.

Herr **Habermann** bedankt sich bei Herrn Strogies für seine interessanten Ausführungen. Er stimmt Herrn Strogies zu, dass erst mit der Inbetriebnahme des Flughafens die Arbeit richtig los gehen wird. Er berichtet, dass die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow u. a. die stärkste Belastung durch den jetzigen Flughafen hat. Die Waldsiedlung in Glasow verzeichnet im Monat 900 – 1000 Überflüge mit einer Belastung von 80 bis 85 db(A). Das sind etwa 30 Überflüge pro Tag. Um so wichtiger ist, dass wir jetzt einen Fluglärmschutzbeauftragten haben, der so eine gute Arbeit leistet.

Herr **Dr. von der Bank** schließt sich dem an. Er erkundigt sich nach den Auswirkungen für die allgemeine Luftfahrt in den C-Gebieten und möchte wissen, ob dort aufgrund der geänderten Luftraumstruktur noch nach Sichtflugregeln (VFR⁵) geflogen werden kann. Insbesondere interessiert sich Herr Dr. von der Bank für die Situation am Flughafen Schönhagen und die eventuell damit verbundenen wirtschaftlichen Aspekte.

Herr **Strogies** erläutert anhand einer Karte die Situation in Schönhagen. Auch dort gibt es eine Absenkung des Luftraumes. Im Moment liegt die Grenze bei 2.500 ft. Zukünftig geht sie dort in den Randbereichen auf 2.000 ft runter, das sind in etwa 700 m. Die Luftraumgrenzen vom Süden her haben sich leicht nach Süden verschoben. Der Bereich wird eigentlich kaum verändert. Der VFR-Verkehr darf bis an die 3.500 ft und 2.500 ft Grenze ran fliegen. Der kontrollierte Luftraum (IFR⁶) muss zu dieser Untergrenze 500 ft Abstand halten. Herr Strogies weist darauf hin, dass er über die wirtschaftlichen Aspekte dieser Luftraumstrukturänderung derzeit keine Auskunft geben kann.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

⁴ Continuous Descent Approach

⁵ Visual Flight Rules (VFR), Sichtflugregeln

⁶ Instrument Flight Rules (IFR), Instrumentenflugregeln

TOP 7
Sonstiges

Es werden keine weiteren Belange vorgetragen.

Herr Habermann schließt die Sitzung um 18:31 Uhr.

Datum: 18.11.21

Vorsitzender

Schriftführerin